



Medienkompetenz in der Schule 4.0

Stellungnahme der ÖFEB – Sektion Medienpädagogik

Christian Berger
Thomas Strasser

Mit "Schule 4.0- jetzt wird's digital" hat das Bundesministerium für Bildung (BMB) ein vier Säulen-Modell für die Vermittlung von digitaler Medienbildung in der Schule vorgelegt. Neben der selbstverständlich erforderlichen Geräteausstattung wird eine Unterstützung von Lehrer*innen durch eine Eduthek und umfassende Aus- und Weiterbildungsangebote angekündigt. Vor allem aber soll Digitale Grundbildung in den Lehrplänen ab der Volksschule verankert werden. Die ÖFEB Sektion Medienbildung begrüßt diese längst überfälligen Maßnahmen.

Eine breite Medienbildung der österreichischen Schüler*innen durch die Vermittlung von Medienkompetenz in einem eigenen Unterrichtsfach ist nicht nur im Hinblick auf den Arbeitsmarkt relevant. Medienbildung leistet vor allem einen Beitrag zur Bildung des Menschen in einer modernen

Wissens- und Informationsgesellschaft und befördert die Kritikfähigkeit junger Staatsbürger*innen bei der Nutzung von und der Gestaltung mit Medien. Nicht zuletzt sollten Schüler*innen dazu befähigt werden, informiert und kompetent gemeinsam über zukünftige Weiterentwicklungen in Österreich zu entscheiden, um an dieser Zukunft aktiv partizipieren zu können.

Eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen medienspezifischen Logiken und Formen sowie die Fähigkeit zur kreativen Gestaltung von Medien sind in der heutigen Medienkultur wesentlich für die Persönlichkeitsentwicklung und die Selbstbestimmung des Menschen. Daher ist die Diskussion zur "Schule 4.0" auch von höchster demokratiepolitischer Relevanz. So bietet etwa die Vielfalt des Internets hervorragende Anlässe, den Umgang mit unterschiedlichen Meinungen und Wahrheitsvorstellungen zu üben. Auch die für jede Demokratie so wichtige Fähigkeit zur öffentlichen Diskussion kann mit dem Internet entwickelt werden.

Vermieden werden muss eine Einschränkung auf digitale Bedienkompetenzen. Denn nur die Bedienung von Computern zu lernen, befördert hauptsächlich funktionale Anpassungsleistungen und nicht den verantwortlichen Umgang mit Maschinen. Es muss darum gehen, dass Menschen mit Computern sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in mündiger Weise umgehen können. Erst damit können Schulen dem in der österreichischen Verfassung formulierten Auftrag gerecht werden.

Dazu kann auch die Schulautonomie einen Beitrag leisten. Selbstbestimmte, autonome Menschen benötigen eine autonome, soziale und demokratische Schule, um sich entfalten zu können. Dafür muss die demokratische Beteiligung aller Schulpartner*innen an der Gestaltung der Schulen selbstverständlich sein. Digitale Kommunikationstechnik bietet dafür vielfältige Möglichkeiten. Das Know-how von Schüler*innen in der Nutzung von Medien kann zusammen mit der Qualifikation der Lehrpersonen als Teil einer wertschätzenden Schulkultur einen wichtigen Beitrag zur Unterrichtsentwicklung und zur Reflexion aktueller

Entwicklungen leisten. Eine demokratische Schule ist nicht nur ein notwendiger Rahmen für die Vermittlung von Medienkompetenzen, sondern auch für die Verwendung des Internets als Unterrichtsmedium im Sinne einer demokratischen Mediendidaktik, der auch eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Unterrichts motivieren und umfassende Schulentwicklungsprozesse anregen kann.

Die Vermittlung von Medienkompetenz durch Lehrer*innen setzt fundierte Kenntnisse voraus. Alltagswissen reicht nicht aus, um Handlungsfähigkeit in der mediatisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu gewährleisten und die sich offenbarenden Möglichkeiten z. B. jener der zivilgesellschaftlichen Beteiligung zu erschließen. Unterricht, mit dem Medienbildung – also Bildung in einer digitalen Medienkultur – erfolgreich erfolgen soll, erfordert differenzierte theoretische und praktische Kenntnisse, die die Reflexion und Gestaltung von Medien ermöglichen.

Dafür ist ein einschlägiges Studium erforderlich, das die jeweiligen Fachkompetenzen ebenso wie pädagogisch-didaktische Kompetenzen mit Fragen der Medienbildung verknüpft. Basierend auf einem Unterricht durch dafür qualifizierte Lehrer*innen in entsprechend ausgestatteten Schulen und dem Anspruch sich auch fortwährend weiterzubilden und den Unterricht weiterzuentwickeln, kann auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur kreativen Problemlösung kollektiver Herausforderungen geleistet werden.

Ein reflektierter und kreativer Umgang mit Medien und insbesondere mit digitalen Medien wird nicht selbstverständlich in allen Familien gepflegt. Die Schule hat hier die Aufgabe ausgleichend zu wirken. Zum Zusammenhalt der Gesellschaft und zur Bildung des Menschen durch die Vermittlung von Medienbildung beizutragen, ist aus pädagogischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht eine wichtige und durchaus politische Aufgabe von Schule. Will eine "Schule 4.0" – und damit die Strategie des Bundesministerium für Bildung (BMB) – also einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft in die Zukunft leisten, muss die Bildung über, mit, durch und in Medien umfassend und damit über die Vermittlung von 'digitalen Kompetenzen' hinaus gedacht werden und dies

erfordert nicht nur die Ausstattung der Schulen respektive die Schüler*innen mit entsprechenden Geräten sowie die Ausbildung der Lehrer*innen: dies erfordert die kontinuierliche und fundierte Anregung und Begleitung von Schulentwicklungsprozessen aller Schulen Österreichs.

Für eine entsprechende Begleitforschung wird empfohlen, ausreichende Mittel und Ausschreibungen für Förderungen einzuplanen.

In einem nächsten Schritt wären im Sinne der Digital Roadmap Austria auch entsprechende Konzepte für vor- und außerschulische Bereiche zu erwarten.

Für die Sektion Medienpädagogik der österreichischen Gesellschaft für Forschung und Entwicklung im Bildungswesen (ÖFEB):

Christian Berger, MA.

(Vorsitzender)

Dr. Thomas Strasser

(Vorsitzender – Stv.)